



Delegierter für das Flüchtlingswesen
Délégué aux réfugiés
Delegato ai rifugiati

neu: BUNDESAMT FÜR FLÜCHTLINGE

3003 Bern, 27. November 1990 A/ner

Offizieller Besuch in der Sowjetunion von Herrn Bundesrat René Felber vom 30.11. - 1.12.1990

Einschätzung der Gefahr künftiger Flüchtlingsströme aus der UdSSR sowie allfällige zur Diskussion stehende (internationale, nationale) Massnahmen

1. Problemstellung

Hinweise auf eine mögliche grosse Auswanderungswelle aus der Sowjetunion im kommenden Winter erhielten wir schon vor vielen Monaten aus Ungarn und Oesterreich. In der Zwischenzeit haben sich diese Meldungen verdichtet, insbesondere die skandinavischen Staaten, allen voran Finnland, befürchten bereits in den kommenden Wochen grössere Auswandererströme. Finnland und Schweden arbeiten seit Wochen an Abwehr- und Aufnahmedispositiven.

Die gleichen Befürchtungen äusserten mittlerweile Delegationen aus der Tschechoslowakei und Rumänien, wobei auch aus Rumänien mit erneuten grösseren Auswanderungswellen gerechnet werden muss, sofern sich die Versorgungslage nicht bessert oder wenn sich die politische Lage erneut verschlechtern würde.

Die Bundesrepublik Deutschland versucht durch grosse Hilfeleistungen einer Auswanderungswelle zuvorzukommen unter dem Motto "Herz für Russland".

Die genannten Zahlen schwanken zwischen einigen Zehn- bis einigen Hunderttausend. Wann eine solche Auswanderungswelle beginnt und in welchem Rhythmus sie anwachsen könnte, ist praktisch nicht vorausszusehen. Mit Sicherheit wird die Ausgabe von Zehntausenden von Pässen ab 1991 an russische Bürger die Ausreisebereitschaft verstärken und die Ausreise ermöglichen. Durch welche Faktoren solche Ströme letztlich ausgelöst und begünstigt werden, ist ebenfalls schwer vorausszusagen, gibt es doch sehr unterschiedliche Einschätzungen über die effektive

Versorgungslage in der Sowjetunion. Viele sprechen vor allem von Verteilproblemen und nicht so sehr von Mangel an Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs.

Sollte es tatsächlich zu einem Exodus grossen Stils kommen, wird mit Sicherheit auch die Schweiz betroffen sein. Es ist davon auszugehen, dass rund 5 % aller Ausreisewilligen die Schweiz erreichen wollen.

Die Sowjetunion kann heute noch nicht als Safe Country bezeichnet werden. Hiefür ist eine umfassende und detaillierte Lagebeurteilung notwendig, die demnächst in Angriff genommen werden soll. Die Schweiz wird also auch mit russischen Asylgesuchen konfrontiert sein, die es jedoch in Grenzen zu halten gilt.

Insgesamt wird es sich aber eher um ein humanitäres Problem als um ein asylpolitisches Thema handeln. Die Frage ist, wie wir die "Flüchtlinge" in Konventionsflüchtlinge und Auswanderer aus anderen Gründen tranchieren können.

2. Auf nationaler Ebene sehen wir folgende Massnahmen vor:

- Asylbewerber sind in das Asylverfahren aufzunehmen und in die gesamte Asylinfrastruktur zu übernehmen.
- Vorübergehend Ausreisewillige, die einem akuten Versorgungsmangel oder harten Winter entfliehen oder schlicht Westeuropa kennenlernen wollen, müssen in eine neue Aufnahmestruktur aufgenommen und betreut werden. Hiefür werden zusätzliche Mittel des Zivilschutzes und der Armee beansprucht werden müssen. Entsprechende organisatorische und technische Massnahmen sind in Vorbereitung in Zusammenarbeit zwischen EMD, BFF und dem Koordinator für internationale Flüchtlingspolitik.

3. Auf internationaler Ebene sind folgende Massnahmen denkbar:

- Die Schweiz errichtet zusammen mit anderen europäischen Aufnahmestaaten und dem HCR, allenfalls unter der Ägide des HCR, in Moskau ein Büro zur Einreichung von Asylgesuchen in Westeuropa und tranchiert auf diese Weise die Flüchtlinge von übrigen Auswanderern vor Ort. Damit wäre gleichzeitig auch der Zugang zum Asylverfahren sichergestellt. Asylgesuche von Russen in der Schweiz würden folglich nur noch in absoluten Ausnahmefällen entgegengenommen. Dies müsste selbstverständlich öffentlich bekanntgemacht werden in der

Sowjetunion und auch in Europa.

- Erste Kontaktgespräche wurden diesbezüglich mit dem UNHCR und Schweden geführt.
- Das Thema wird im übrigen auf die Traktandenliste der informellen Konsultationen in Europa, Nordamerika und Australien gesetzt.
- Am 24. Januar 1991 wird in Wien unter der Ägide des Europarates eine Konferenz der Aussen- und Einwanderungsminister tagen, die sich ausschliesslich mit der Ost-West-Wanderung befassen wird.

BUNDESAMT FÜR FLÜCHTLINGE
Der Direktor a.i.



Peter Arbenz

Zur Kenntnis an:

- Herrn Bundespräsident Arnold Koller
- Herrn Botschafter Rudolf Weiersmüller, EDA
- Mitglieder des DIR